

Editorial



Liebe Leserin, lieber Leser,

In der Kürze liegt die Würze – dachten wir uns eigentlich. Viele kleine Beiträge statt der längeren Artikel in der letzten Ausgabe sind charakteristisch für diesen Newsletter.

Trotzdem ist er

insgesamt wieder sehr umfangreich. Der Masterplan Sport ist bezüglich der Sportstätten im Rat verabschiedet worden. Zu den Bädern wird es ein ausführlicheres Gutachten im Frühjahr geben. Wichtig: in dem von GRÜNEN und CDU verabschiedeten Antrag zur Weiterentwicklung des Masterplans zu einem Sportentwicklungsplan sind all jene Kriterien enthalten,

die wir gefordert haben. Insofern eine Erfolgsgeschichte für GRÜNE, zumal auch die Notwendigkeit zu Einsparungen im Kulturbereich gleichzeitig bekräftigt wurde. Dafür dass dies nicht nur leere Worthülsen bleiben, werden GRÜNE kämpfen, sowohl aus Haushaltskonsolidierungsgründen, als auch um der sozialen Gerechtigkeit willen. Die weitgehende Reduzierung des Bürgerradios zu einem reinen Feigenblatt für die privaten Rundfunksender (Radio Essen - Radio NRW) will die CDU-FDP-Landesregierung durchsetzen. GRÜNE wehren sich wie Wohlfahrtsverbände und andere gegen dieses Vorhaben, das den Bürgerfunk zugunsten von mehr Werbung und Kommerz lahm legen will. Und dann fehlt da noch was – Beschlüsse aus Nairobi gegen den Klimawandel - es hat sie schlichtweg nicht gegeben. Der Klimagipfel blieb folgenlos!

Ihre Ilka Trösser, Vorstandssprecherin

Inhaltsverzeichnis

Editorial	1
GRÜNE begrüßen Zusage für Umbau des Hauptbahnhofs:	1
Schwarz-gelbe Rundfunkpolitik: Aus für den Bürgerfunk auf kaltem Weg	2
Die Beliebigkeit der SPD in Sachen Sparen und Masterplan	5
Weniger Geld für das Ruhrlandmuseum	6
Bleiberecht: Chance erneut vertan!	6
Unser RWE mal wieder	7
Land verordnet höhere KiTa – Beiträge: Stadt wehrt sich!	8
DüBoDo – Initiative: Nein zum weiteren Autobahnbau in Essen	8
Rhein-Ruhr Express: Ruhrgebiet mit neuen Verbindungen	9
GRÜNE zu Gast bei Bürgerinitiative Hafenstraße	9
Messeparkplatz sofort schließen – Landeplatz später!	10
Neues aus Berlin - Brief von Kai	11
Tipps und Termine	12

GRÜNE begrüßen Zusage für Umbau des Hauptbahnhofs: Neue Aufzüge vordringlich!

DIE GRÜNEN begrüßen die Aussage von Dr. Werner Müller, dem Vorsitzenden des Aufsichtsrates der Deutschen Bahn AG bei der Novembersitzung des Landtagsausschuss für Bauen und Verkehr, dass der Essener Bahnhof spätestens Anfang 2010 in einen ange-

nehmen Zustand versetzt werden soll. GRÜNE: "Wir freuen uns über diese Zusage nach über 15 Jahren des Nichtstuns. Es gibt jedoch Probleme, die nicht bis 2010 warten können. Für die schlechte Zugänglichkeit des Bahnhofes müssen dringend vor 2010 Lösungen gefunden werden."

Kreisverband Essen

Die Beseitigung der seit langem von vielen zu recht bemängelten Zustände am Bahnhof sollte deshalb in zwei Stufen erfolgen:

- 1) Verbesserung der Zugänglichkeit durch funktionsfähige Rolltreppen und Aufzüge
- 2) Umbau und Modernisierung des Bahnhofs

Vor dem Hintergrund haben die GRÜNEN kein Verständnis dafür, dass der für 2007 geplante Einbau von neuen Aufzügen erneut verschoben wurde. Täglich benutzen weit über 100.000 Fahrgäste den Bahnhof zum ein- und umsteigen. Für Ältere, Behinderte, Eltern mit Kinderwägen oder Menschen mit schwerem Gepäck sind die am Bahnhof herrschenden Zustände seit Jahren eine Zumutung.

Thomas Rommelspacher

Schwarz-gelbe Rundfunkpolitik: Aus für den Bürgerfunk auf kaltem Weg

Nach Entwürfen der Landesregierung für 2007 würde vom Bürgerradio z.B. im Essener Lokalfunk nur noch ein Drittel der heutigen Sendezeit verbleiben. Eine übrig gebliebene Sendestunde am späten Abend, die möglicherweise noch an die Musikfarben und Sendeformate der Hauptredaktion gebunden wäre.

In Zeiten unendlicher virtueller Weiten des Internets, MP3-Loadings und live gestreamter Radiobeiträge aus den Computerlautsprechern, die Mensch sich auch von Radiosendern aus Neuseeland oder Seattle anhören kann, scheint es nicht mehr so wichtig – das gute alte Dampfradio mit Lokalberichten aus Überraum oder Schönebeck.

Zeitgleich mit dem Sendestart der kommerziellen Lokalradios in NRW wurde anfang der neunziger Jahre aber auch der Bürgerfunk als fester Bestandteil dieser Programme etabliert. Mediengesetzlich verbrieft, wurden 15% der täglichen Sendezeit für werbefreie Sendungen vor Ort reserviert. Bürgerfunk wird eigenverantwortlich produziert, meistens in Bürgerradiowerkstätten, inhaltlich und musikalisch nicht selten konträr zum Hauptprogramm der Lokalsender.

2007 könnte ein schlechtes Jahr für Bürgerfunk und offene Kanäle in Nordrhein-Westfalen werden. Falls die Rundfunkpläne der gelb-schwarzen Landesregierung in Düsseldorf unverändert den Landtag passieren, wird Bürgerfunk in der bisherigen Qualität und personellen Betreuung im kommenden Jahr nicht mehr möglich sein. Deshalb erlauben wir uns heute in eigener Sache zu reden.

Wir kämpfen nämlich für den Erhalt des Bürgerfunks in seiner über 15 Jahre gewachsenen Struktur, mit seinen unabhängigen Bürgerradiowerkstätten, die bisher eine professionelle journalistische Betreuung der Sendungen ermöglichen. Viele tausend Bürgerfunkgruppen, die noch viel mehr spannende Radiostunden produziert haben, leisten mit ehrenamtlichen Engagement ihren Beitrag zu selbstbestimmter Medienerziehung und direktem Meinungsaustausch. Regelmäßige ausführliche Reportagen von Pro Asyl, vom Eine Welt Forum, von Verkehrsinitiativen, z.B. gegen den Weiterbau der A52, aber auch vom Essener Theaterring, der Kreisjägerschaft oder lokalgeschichtliche Auseinandersetzungen und wöchentliche Magazine der Essener Schwulen Bewegung, sind z.B. Teile des Programms.

Noch tummeln sie sich in der Morgenstunde zwischen 9.00 und 10.00 Uhr, wie auch in den längeren Sendestrecke von 20.00 bis 22.00 Sendungen aus der Bürgerradiowerkstatt der Falken, des katholischen Stadtfunks, der Essener Sportbund berichtet aus der Welt des Amateursports, manchmal gibt es auch Sendungen des CDU-nahen „Radio Essen e.V.“ und leider ganz regelmäßig meldet sich der Essener Unternehmensverband mit seinem „ECO-Magazin“ zu Wort. Trotz alledem – bisher konnte Bürgerfunk innerhalb der Sendezeiten auf Radio Essen tatsächlich die vom Gesetzgeber so gewünschte „Vielfaltsreserve“ darstellen.

Den medienpolitischen Bürgerfrieden aufgekündigt. Als Kind der SPD-Medienpolitik Ende der achtziger Jahre war der gesetzlich verankerte Bürgerfunk die kleine Kröte dafür, dass Verleger von

Lokalzeitungen wie die WAZ-Gruppe ein Sendemonopol für die zu gründenden Lokalstationen erhielten. Im späteren rot-grünen NRW-Jahrzehnt musste diese bunt-stachlige Kröte immer wieder gegen die Attacken der Verleger geschützt werden. Dort wurde Bürgerfunk als „formatfeindlich“ gänzlich verteufelt. Nach langen Jahren gab es jedoch einen Burgfrieden und juristische Entscheidungen, die den Bürgerfunk absicherten. In langwierigen Abwehrkämpfen wurde Bürgerfunk allerdings immer weiter in spätere Abendstunden abgedrängt. Die Bürgerfunkprogramme auf Radio Essen z.B. begannen früher nach 18.00 und heute erst nach 20.00. Die Bürgerfunker in Essen sind zudem die letzten in NRW, die zumindest werktags auch am Vormittag senden dürfen. Immerhin sorgte Rot-GRÜN dafür, dass der Bürgerfunk nicht, wie von einigen Lokalstationen in den neunziger Jahren praktiziert, unfreiwillig zum Mitternachtsradio wurde. Im Lokalfunk wird Geld verdient. Das alles könnte 2007 schon Mediengeschichte sein. Bürgerfunk ist dann als öffentliches Forum einer Stadtgemeinde oder eines Kreises weitgehend gestorben. Die von Schwarz-gelb zugestandene Reststunde dürfte zur Tribüne weniger Selbstdarsteller und anderweitig finanzierter Verbandsöffentlichkeit verkommen. Haupt-sächlicher Zweck eines Rest-Bürgerfunks wäre es, zu verhindern, das über Verfassungsklagen das weiterhin gesicherte Sendemonopol der Zeitungsverleger kippen könnte. Wir rufen die Leserinnen und Leser also dringend dazu auf, nicht nur fleißige Bürgerfunk Hörerinnen und Hörer zu sein (102,2 u. 105 UKW), sondern laden herzlich dazu ein, sich auf unseren Unterschriftenlisten zum Erhalt des Bürgerfunks einzutragen. Noch im Dezember 2006 sollen der Landesregierung dann hoffentlich viele zehntausend Unterschriften vorgelegt werden. Noch glaubt Schwarz-gelb im Landtag, das Eindampfen des Bürgerfunks in den Lokalsendern, könnte die Gewinne der Privatradios vergrößern. Gut möglich, das unsere Regierung kalkuliert, die bisher 2 Millionen €, die über die Landesanstalt für Medien für den Bürgerfunk ausgegeben werden, sollten restlos in die Filmstiftung NRW fließen, die damit

vielleicht einen Kassenschlager mehr finanzieren könnte.

Vielfaltsreserve im Formatradio

Bürgerradiowerkstätten wie die Neue Essener Welle sind allerdings davon überzeugt: Unsere Produktionen sind keine Gewinnbremse, sondern die dringend nötige Vielfaltsreserve im Formatradio. Das Abschieben dieser Inhalte auf irgendwelche Internetplattformen, die noch lange nicht alle Bürger erreichen, wäre ein tatsächlicher Verlust an Mediendemokratie. Trotzdem: Am besten schon ab Frühjahr 2007 möchte unsere Landesregierung den Bürgerfunk grundsätzlich auf eine Stunde täglich begrenzt wissen, die dann auch erst nach 21.00 Uhr beginnen würde. Für den Essener Lokalsender würde das bedeuten, den Bürgerfunkgruppen bliebe gerade mal ein Drittel der heutigen Sendezeit. Bürgerfunk in NRW ist bisher mehr als nur eine nette Freizeitbeschäftigung mit Tönen. Wie sehr sich CDU und FDP - Medienpolitiker hier verrannt haben, zeigt z.B. der CDU-Landtagsabgeordnete Michael Brinkmeier: *„Anders als die FDP wollen wir die Bürgerfunker auch künftig senden lassen, aber es wird weniger Bürgerfunk sein – weniger Strecke und weniger Beiträge. Wir legen den Schwerpunkt auf den Privاتفunk.“* Man wolle die Weichen zugunsten eines wirtschaftlicheren Betriebs der Privatsender und von Radio NRW stellen.

Unterschriftenaktion fürs Bürgerradio

Sowohl der Landesverband Bürgerfunk, wie auch Aktive aus verschiedenen Bürgerradiowerkstätten in Duisburg, Oberhausen oder Münster wehren sich gegen die Abschaffung des Bürgerfunks auf kalten Weg. Grüne und SPD im Land haben die Kampagne zum Erhalt der Bürgerradios bereits mit freundlichen Briefen unterstützt. Die Wohlfahrtsverbände und der DGB haben bereits vor Monaten deutliche Stellungnahmen zum Erhalt eines funktionsfähigen Bürgerradios an die Öffentlichkeit gebracht. Schwarze Zahlen schreibt der NRW-Lokalfunk auch mit dem Bürgerfunk. Ohne die bunten Flecken der Bürgerfunkprogramme aber hätten wir austauschbares Formatradio, das von Flensburg bis Passau gleich klingt. Unterschriftenlisten für den Erhalt des Bürgerfunks gibt es in der Neuen Essener Welle im Badehaus an der Zeche Carl in Altenessen und natürlich auch über unsere Internetseite: www.neue-essener-welle.de

Walter Wandtke

Im Rahmen dieser Auseinandersetzung halten es die Grünen für ein schlimmes Zeichen, dass am Dienstag, dem 14.11. eine Sendung der Bürgerradiowerkstatt Neue Essener Welle abgeschaltet wurde, genau nachdem die Moderation einen Beitrag ankündigte, der die Folgen der geplanten Einschnitte thematisieren sollte. Statt der vorgesehenen Argumente der Wohlfahrtsverbände pro Bürgerfunk lief dann 20 Minuten lang die Musik des Mantelprogramms von Radio NRW. Das sieht nach einer Zensurmaßnahme aus!

Zum Zukunftskonzept Sport- und Bäderanlagen in Essen: Meisterstück oder Mogelpackung?

Der Masterplan Sport! Was hat dieses arme Stück Papier nun alles hinter sich. Es wurde gelobt, es wurde verteufelt; die einen sahen in ihm die Lösung, andere einen Ansatz viele eine Grundlage. Die einen wollten ihn so schnell wie möglich vom Tisch oder über die Bühne bringen andere erst mal verschieben und warten. Jetzt ist er durch den Rat! Ist er das?

Nein durch den Rat ist ein schwarz-grüner Änderungsantrag bzw. Ergänzungsantrag zum Beschlusssentwurf der Verwaltung gemäß Vorlage 0525/2006/1B. In einer wenig informativen aber sehr unterhaltsamen vierstündigen Debatte zeigten die Diskutanten was so in ihnen steckt. Völlig emotionslos eröffnete die CDU. In einigen keimte

die Hoffnung, dass dieses eine sachliche Debatte werden könnte. Doch Essens großer Oppositionsführer Reinhard Pass führte seine kurzentschlossene SPD in den Kampf. Mit ein paar gezielten Hieben mit der Polemikkeule eröffnete er eins der unsinnigsten aber populistisch wertvollsten Rededuelle seit langem.

Doch wer wollte eigentlich was und was wurde nun entschieden?

Sowohl die Verfechter der „Der-Masterplan-muss-weg“-Meinung als auch die „Der-Masterplan-muss-jetzt-umgesetzt-werden“-Fraktion können sich in dem schwarz-grünen Antrag wiederfinden. Man kann vertretbar sagen, bei den vielen Änderungen die nun beschlossen worden sind ist das nicht mehr der

Masterplan des Stadtdirektors. Vertretbar ist ebenso zusagen, der Masterplan ist die Grundlage und wurde nur Stellenweise ergänzt. Die Entscheidung dieser eher populistischen Frage kann meiner Meinung nach dahingestellt bleiben, ich werde der Einfachheit halber aber weiter vom Masterplan sprechen.

Einen Parteiübergreifenden Konsens konnte in der Ausgliederung der Bäderfrage erreicht werden. Aber aufgeschoben ist nicht aufgehoben, die Kuh ist nicht vom Eis. Sie wird dort auch bleiben die Frage ist nur welche Kühe es sein werden. Warten wir es ab!

Wichtig ist auch die Tatsache das der **Masterplan kein Denkmal ist sondern ein Prozess**, der fortgeschrieben werden muss. Die neu eingebrachten Aspekte sind sinnvoll

und nötig: Beachtung von Sport- und Bewegungstrends (hier namentlich auch Eissport und Reiten), regionale und geschlechtergerechte Aspekte, sowie Berücksichtigung integrations- und sozialpolitischer Grundlagen, Bewegungsangebote außerhalb normierter Anlagen, Multifunktionalität

und Familienfreundlichkeit.

Für mich als aktives Sportvereinsmitglied erleichtert vor allem die Tatsache, dass keine weitere Kürzung der Sportfördermittel geben wird. Denn diese Kürzungen hätten viele Vereine in eine schwierigere Lage gebracht als nur die Tatsache den Sportort zu wechseln.

Vielfach gefordert von allen Parteien und von Vertretern des Sportes waren Einzelfallentscheidungen. Jetzt ist es auch niedergeschrieben,



Kreisverband Essen

dass es maßnahmebezogene Einzeldrucksachen geben wird, d.h. jede Maßnahme geht noch einmal durch den Rat. Für die Vereine sind individuelle Lösungen zu verhandeln. Es soll also noch einmal auf die Vereine zugegangen werden die sich unzureichend angehört gefühlt haben. Hier sollte die Politik dann aber auch selber Präsenz zeigen und nicht nur dem ESPO das Feld überlassen. Vielleicht sehen die Betroffenen die Politiker dann auch nicht mehr als ignorant an.

Bei diesen Einzelentscheidungen ist jetzt die Zeit auf Details einzugehen, aber das wollte auch schon der ursprüngliche Masterplan. Jedoch sollte ein Masterplan auf das große und ganze schauen und noch nicht auf die kleinsten Details.

Wie haben wir GRÜNEN uns verhalten und geschlagen? Ich würde sagen eher unglücklich. Viele Herzen schlugen in der GRÜNEN Brust. Die Diskussionen in der Mitgliederversammlung, im Vorstand und in der Fraktion zeigten dieses. Drei Reden von Fraktionären, wie sie unterschiedlicher kaum sein könnten zeigten dieses auch während der Ratssitzung und ließen leider keine stringente Linie erkennen. Der eine hielt eine flammende Verteidi-

gungsrede für den Masterplan ging aber leider nicht auf den schwarz-grünen Änderungsantrag ein. Die andere schilderte das Dilemma der GRÜNEN und begründete die Entscheidungen die getroffen werden mussten. Die letzte verstrickte sich leider unnötig in Details und ließ das große und ganze wieder verblassen. Es war kein Wunder, dass sich die Opposition in ihrer ganzen Fülle auf die GRÜNEN einschoss. Das Ergebnis war jetzt zwar gut aber die Selbstdarstellung hätte besser laufen können. Ich bin jedenfalls froh, dass das Fundament gelegt ist und das Gespenst Masterplan Sport nun hoffentlich von allen etwas sachlicher angegangen werden kann.

Meine abschließende Meinung zum Masterplan Sport wird sich jedoch am Umgang des anderen Arbeitsfeldes unseres Sportdezernenten bilden. Ein Masterplan Kultur muss her, vielleicht unter einem nicht so streitbaren Namen, aber wir müssen jetzt auch an dieses Feld sonst können wir dem Bürger nicht mehr unter die Augen treten. Ein erster Schritt lag in der Zollvereinsentscheidung des Rates aber viele Schritte müssen noch folgen.

Lars Kramm

Die Beliebigkeit der SPD in Sachen Sparen und Masterplan

Der SPD- Fraktionsvorsitzende Herr Paß sagt viel, peinlich wird es nur, wenn man seine Aussagen von gestern nicht einfach vergisst.

Wer den Masterplan einen Desasterplan nennt, der hat wie die SPD jegliches Augenmaß verloren. Der Masterplan sieht vor, zwei von 180 Turnhallen zu schließen, sieben kleine von insgesamt 95 Sportplätzen bzw. –anlagen sowie zwei von 15 Bädern. Die Vereine ziehen um. Die Schülerzahl sinkt allein von heute 63 000 auf 51 000 im Jahr 2015. Es stehen demnächst keine Kinder auf der Straße, weil sie keine Sportstätte haben, wie es die AUF/DKP/PDS behaupten. Die Bäderentscheidung hat man außerdem ausgeklammert. Trotzdem ist die SPD diesem moderaten Vorschlag zum Rückbau von Sportkapazitäten in einer schrumpfenden Stadt nicht gefolgt, obwohl sie noch im Sommer dafür war. So doziert Herr Paß doch alljährlich in seinen Haushaltsreden, was schwarz-grün tun müsste, um die Haushaltskonsolidierung voranzutreiben.

Paß am 22.6.2005 gegen das Ziel von schwarz-grün, in den nächsten Jahren 100 Mio.Plus X zu konsolidieren: "Eine 100 Mio. Plus Konsolidierung in vier Jahren bei einem aufgelaufenen Defizit von 2,7 Mrd. € ist KEIN herausforderndes Ziel. Doch was machen wir stattdessen? Wir sind Analyseweltmeister. Wir haben kein Wissensdefizit (...). Wir haben ein Handlungsdefizit! Alle Erkenntnisse nützen gar nichts, wenn Politik und Verwaltung noch länger der Mut für konkrete Veränderungen fehlt" Paß am 21.6.2006: "Sparen ist schwierig und erfordert einen langen Atem. Es ist fast immer mit Konflikten

verbunden und neigt dazu, als ungerecht wahrgenommen zu werden. Im Allgemeinen wird die Notwendigkeit immer erkannt; im Besonderen eher selten. Diese Tatsache kann man im Sportbereich gut beobachten. Eine "Masterplan Sport" geistert durch die Stadt. Ein paar etablierte Sportfunktionäre versuchen derzeit, die Planungen der Verwaltung abzumildern, die offene Diskussion herauszuzögern. Wie schön ist es dagegen, wenn man noch Geldausgeben kann. Es dämpft das Knarzen im schwarz-grünen Gebälk. Als Erfolg wird hier ja schon gewertet, wenn nichts passiert, wenn man sich zurückhält bis zu Selbstaufgabe. Endgültig Abschied nimmt von jeder politischen Initiative!

GRÜNE haben dagegen bewiesen, dass sie sich nicht wie die SPD drücken vor auch schmerzhaften Entscheidungen. Selbst die Sportfunktionäre hatten insgesamt - wie die Stellungnahmen des Stadt-sportbundes belegen - mehr Einsicht als die SPD. Die SPD hat aber offen gelegt, dass sie Forderungen im Allgemeinen leicht vortragen kann, im Besonderen dann aber in billigster Art und Weise sich vor den selbstgeforderten Entscheidungen drückt. Oder um im Bild zu bleiben: Herr Paß und seine SPD leiden an Kurzatmigkeit, oder funktioniert das Langzeitgedächtnis nicht?

J./Joachim Drell

Weniger Geld für das Ruhrlandmuseum

Im Rat wurden die Ausgaben für die Umbaumaßnahmen des Ruhrlandmuseums auf Zollverein mit großer Mehrheit (bei 3 Gegenstimmen aus der Linksfraktion) auf Vorschlag von schwarz-grün beschossen. Der Antrag fußt wesentlich auf einem von GRÜNEN erstellten Entwurf. Erstmals verlangt der Rat (wie auch GRÜNE) in Sachen Zollverein damit nicht nur einen Bericht, eine Erklärung oder die Untersuchung von Alternativen (solche Versuche versandeten seit Jahren wirkungslos), sondern sagt angesichts der finanziellen Lage der Stadt auch Stopp zu Teilbausteinen von Zollverein. Wenn wir sparen müssen (und das müssen wir), dann überall: eine Ausnahme für den Kulturbereich gibt es nicht (mehr)!

GRÜNE haben damit ein zentrales Grünes Anliegen, welches wir auch im Zusammenhang mit dem Masterplan Sport diskutiert haben, erfolgreich umgesetzt.

Die SPD und allen voran ihr Vorsitzender Paß mussten auf blamable Art und Weise den ge-

ordneten Rückzug antreten. Nachdem ihr eigener Beigeordneter Scheytt ihnen den Unsinn ihres eigenen Antrags in Sachen Ruhrlandmuseum erklären musste, nutzten sie die Auszeit um ihren Antrag zurückzuziehen und auf den schwarz-grünen Antrag einzuschwenken.

Damit ist zum zweiten Mal Mehrausgaben im Kulturbereich der Riegel vorgeschoben worden. Das erste Nein gab es bei den Plänen zum Neubau des Folkwangmuseums für ca. 55 Mio Euro im Frühjahr. Auf Initiative von GRÜNEN und CDU beschloss der Rat mit den anderen Fraktionen, kein Geld für einen Neubau zur Verfügung zu stellen. Nun springt dort die Krupp-Stiftung dankenswerter Weise in die Bresche.

GRÜNE hoffen, dass damit aus Gründen der sozialen Gerechtigkeit die Zeit vorbei ist, wo der Kulturbereich ständig höhere Ausgaben verursachen konnte, und immer Mehrheiten fand, die dies abnickten.

J./Joachim Drell

Bleiberecht: Chance erneut vertan!

Der Beschluss der Innenministerkonferenz ist ungenügend und unzureichend. Hier wurde wieder einmal eine große Chance für die Integration von Flüchtlingen vertan. Denn zu viele Menschen blei-

ben nach dieser Entscheidung weiterhin nur geduldet und zu wenige Menschen erhalten eine Aufenthaltserlaubnis. Für diejenigen Geduldeten, die keinen Arbeitsplatz haben, wird es aufgrund der restriktiven Bestimmungen extrem schwierig eine Anstellung zu finden. Auch eine nur einmalige Alt-fallregelung langt nicht. Ohne die Beendigung der unsäglichen Praxis der Kettenduldungen, wird die Zahl der Menschen mit ungesichertem Aufenthaltsstatus schnell wieder ansteigen. Das Zuwanderungsgesetz bedarf deshalb dringender Verbesserungen.

Die große Koalition auf Bundesebene muss nun Mut beweisen und sich gegen die Hardliner in der Innenministerkonferenz durchsetzen, wo die CDU seit Jahren eine Blockadehaltung einnimmt. Die weitergehenden Vorschläge von Bundesinnenminister Schäuble und Bundesarbeitsminister Müntefering müssen jetzt im Bundestag auf den Weg gebracht werden. Die Bundestagsfraktionen von SPD und CDU haben es in der Hand, schnell eine großzügige Bleiberechtsregelung zu beschließen. GRÜNE sind da sicher hilfsbereit!

Abschiebestopp: Es ist es nun ein Gebot der Menschlichkeit, dass die NRW Landesregierung die Ausländerbehörden unverzüglich anweist, die Abschiebung von möglichen Begünstigten einer Bleiberechtsregelung auszusetzen.

Burak Copur, Ratsmitglied

Veranstaltung: „**Bleiberecht – wie geht`s weiter?**“ am 7.12.06 um 17.00 Uhr im Landtag NRW, Anmeldung über petra.berghaus@landtag.nrw.de
NRW hat zum 20.11. zunächst die Rückführung der potenziell von der gefassten Bleiberechtsregelung betroffenen Familien und Einzelpersonen ausgesetzt. Welche Erlasse in NRW folgen und wie es mit der Debatte in Berlin um die gesetzliche Regelung des Bleiberechts aussieht, informieren Staatssekretär K. P. Brendel und J. Graf, Mitarbeiterin der GRÜNEN Bundestagsfraktion.

Unser RWE mal wieder Sind die Stromnetze bei den Konzernen in guten Händen?

"Vor einem Jahr knickten im Münsterland nach Schneefällen Strommasten von RWE um, und noch während die Menschen im Dunkeln saßen, behauptete der Konzern, dass ausschließlich das Wetter an der Katastrophe schuld sei. Heute wissen wir, technische Mängel im deutschen Stromnetz sind über Jahre ignoriert worden, die Konzerne selbst haben viel zu wenig investiert. So war für die Katastrophe im Münsterland ein unzureichend sanierter Mast als Auslöser einer Kettenreaktion mitverantwortlich.

Als es Stromausfälle in Italien gab, spotteten die deutschen Netzbetreiber, so etwas sei in Deutschland undenkbar. Man habe das sicherste Stromnetz in Europa. Jetzt fiel in halb Europa wegen eines Fehlers im deutschen Netz der Strom aus und wieder hören wir von

E.on, RWE und Co. die üblichen Beschwichtigungen, alles sei in bester Ordnung. Wieso waren denn dann Millionen Menschen ohne Strom? Die Konzerne stecken die hohen Netznutzentgelte in die Taschen ihrer Aktionäre statt in Sanierung und Ausbau des Stromnetzes. Man muss fragen, ob angesichts dessen die Verantwortung für das Netz bei den Konzernen bleiben kann, oder ob nicht wie z. B. in den Niederlanden die Hoch- und Höchstspannungsnetze unter staatliche Kontrolle gestellt werden müssen. Diesen Fragen sollten sich NRW Wirtschaftsministerin Thoben und ihr Amtskollege Glos widmen, statt ohne jede sachliche Grundlage der Windkraft die Verantwortung für die Stromausfälle in die Schuhe zu schieben."

Reiner Priggen, MdL

Land verordnet höhere KiTa – Beiträge: Stadt wehrt sich!

Hand auf's Herz: Hätten Sie gewusst, dass Ministerpräsident Rüttgers 2006 zum Jahr des Kindes erklärt hat? Macht nix, die Kommunen, die Eltern und die Kinder in NRW haben davon ja auch nichts mitbekommen. Neben den Kürzungen im Bereich der Kinder- und Jugendarbeit, der Erziehungsberatungsstellen und der Familienbildungseinrichtungen hat die CDU-FDP-Landesregierung die Elternbeitragsausgleichszahlungen abgeschafft. Durch diese Ausgleichszahlungen bekamen Kommunen wie Essen, die weniger Einnahmen aus den Kitabeträgen der Eltern erzielten, einen Ausgleich aus dem Landeshaushalt. 84,6 Mio. Euro spart das Land NRW so zu Lasten der Kommunen und der Eltern. Ein Drittel aller Jugendamtsbezirke hat bereits mit einer deutlichen Erhöhung der Elternbeiträge reagiert. CDU und GRÜNE haben sich im November im Jugendhilfeausschuss dafür ausgesprochen, die Elternbeiträge nicht zu erhöhen, da das Land bis 2008 ein neues Kindergartengesetz verabschieden will und es unsinnig wäre, die Elternbeiträge zweimal in zwei Jahren zu verändern. Zumal es den Diskussionen widerspricht, die zur Zeit auf Bundesebene und in einigen Bundesländern und sogar auf dem CDU-Parteitag über kostenfreie Kindergartenplätze (zumindest im Jahr vor der Einschulung!) geführt werden. Bildung fängt nicht erst mit dem Eintritt in die Grundschule an, sondern gehört auch in den vorschulischen Bereich. Noch am 30. Juni teilten die Minister Wolf (FDP) und Laschet (CDU) der Öffentlichkeit mit, es werde keine Anweisung des Innenministers zu Elternbeitrags erhöhungen geben. Nun geschieht das genaue Gegenteil: Die Stadt Essen als Kommune im Nothaushaltsrecht soll jetzt gezwungen werden, den Eltern tiefer in die Tasche zu greifen, um die ab 2007 jährlich entstehenden Beitragsausfälle in Höhe von 2,6 Mio. Euro wieder auszugleichen. Bei 17.000 Kindern, die Essener Kitas besuchen, sind 1/3 beitragsbefreit. Die restlichen 2/3 müssten – je nach Einkommensstufe - mit einer Mehrbelastung zwischen 6 und 25% pro Monat rechnen. Der Druck dazu wächst. Die Landesregierung treibt ein erbärmliches Spiel, bei dem die Landesfinanzen auf Kosten der Kommunen und vor allem der Familien und Kinder saniert werden sollen.

Christine Müller-Hechfellner, Ratsfrau

DüBoDo –Initiative: Nein zum weiteren Autobahnbau in Essen

An der Jahreshauptversammlung der Bürgerinitiative gegen die DüBoDo (A 44) Essen-Hattingen nahm Rolf Fliß (GRÜNES Ratsmitglied) als Gast und Referent teil. Fliß bekräftigte die Ablehnende Haltung der GRÜNEN zum Bau einer Ruhralleeautobahn (A 535) die zusammen mit dem ebenfalls geplanten Weiterbau der A 52 eine neue Nord-Süd Transitautobahn durch die Stadt ergäbe. „Diese Planungen sind vor dem Hintergrund der Richtlinien der EU in Sachen Lärm und Feinstaub widersinnig und verschlechtern die Lebensqualität in den betroffenen Stadtteilen im Süden wie im Norden unserer Stadt. Dagegen seien die Regionalisierungsmittel für den Öffentlichen Nahverkehr im Rahmen der neuen Autovorrangpolitik im Bund wie im Land gekürzt worden. Das wird auch in Essen zu einer erheblichen Verschlechterung des Angebots von Bus und Bahn führen.“ Die Ausführungen von Rolf Fliß stießen bei den ca. 60 Mitgliedern der BI auf weitgehende Zustimmung. Seitens der BI-Mitglieder wurde vorgeschlagen, mehr Busspuren, Haltestellenkaps und Ampelvorrangschaltungen für Bus und Bahn durchzusetzen, damit der öffentliche Nahverkehr nicht im Stau steht und bevorrechtigt fahren kann.

Joachim Drell

Rhein-Ruhr Express: Ruhrgebiet mit neuen Verbindungen

Die GRÜNEN begrüßen das Ergebnis der Machbarkeitsstudie zum Rhein-Ruhr-Express (RRX). Nach den „langatmigen Diskussionen“ um den Stelzenzug Metrorapid bestehe nun endlich Hoffnung auf deutliche Verbesserungen im regionalen Schienenverkehr. „Die **Machbarkeitsstudie** zeigt“, so der Sprecher der GRÜNEN Thomas Rommelspacher, „dass die schon vor mehr als fünf Jahren von den Verkehrsverbänden Pro Bahn und VCD geforderte und von grüner Seite unterstützte Einbeziehung überregionaler Verbindungen Erfolg verspricht. Statt eines Pendelverkehrs zwischen Dortmund und Düsseldorf braucht NRW ein landesweites regionales Expresszug-Angebot.“

Für Essen bedeutet die Planung eine neue Direktverbindung nach Lünen und zum Kölner Flughafen. Auf der Kernstrecke zwischen Dortmund und Köln wird ein 15 Minutentrakt angestrebt. Der Rhein-Ruhr-Express soll aber auch Aachen, Bielefeld und Münster anbinden und die bisherigen Regionalexpressverbindungen teilweise ersetzen. Die Züge sollen mit Triebwagen für kurze Fahrgastwechselzeiten – eine Achillesferse bei den doppelstöckigen Regionalexpresszügen – ausgelegt sein. Fahrplanstabilität wird durch einen weitgehend entmischten Betrieb im Ruhrgebiet und durch Fahrplanpuffer auf der Rheinschiene angestrebt. Der RXX soll zu den Tarifbedingungen des VRR und der anderen Verkehrsverbände an der Trasse genutzt werden können. Dieses verbesserte Angebot, fordert Thomas Rommelspacher, dürfte jedoch aufgrund der sin-

kenden Regionalisierungsmittel nicht zu Lasten anderer Verbindungen gehen. Wer den schieneengebundenen Personennahverkehr fördern wolle, müsse auch bereit sein, die notwendigen Betriebskosten zusätzlich bereit zu stellen. Die Grünen werden das Projekt unterstützen und hoffen auf zügige Umsetzung trotz Autovorrangminister Wittke (CDU), je eher desto besser! Diese attraktive Verbindung könnte der Bahn mehr Berufspendler und Kunden einbringen, die auf das Auto verzichten. Von entsprechenden Erwartungen geht auch das Gutachten für den RXX aus. Zum Schluss zwei Worte zur **Vorgeschichte** des RXX. Ministerpräsident Clement und die SPD in NRW träumten einst vom Bau des Transrapid auf der Strecke Dortmund – Düsseldorf/Köln: In der Zeit von 1999 bis 2003 war dies eines der umstrittensten Themen zwischen SPD und GRÜNEN in der Landesregierung. GRÜNE lehnten den Metrorapid wegen der immens hohen Kosten und der Unverträglichkeit dieses Verkehrsträgers im Schienennetz ab und haben sich damit durchgesetzt. Nun kommt die richtige Alternative zum Trans- bzw. Metrorapid, aber GRÜNE haben es aus der Opposition nicht in der Hand, dieses Projekt so voranzubringen, wie es erforderlich wäre. Während für den Metrorapid mehr als 6 Mrd € veranschlagt wurden, kommt der RXX mit 1,5 Mrd.€ aus. Gebaut wird trotzdem. Der Engpass zwischen Duisburg-Großenbaum und Düsseldorf-Unterrath wird sechsgleisig ausgebaut. Die Fertigstellung könnte bis 2015 erfolgen.

Joachim Drell/Guido Berg

GRÜNE zu Gast bei Bürgerinitiative Hafenstraße Umweltzonen für schadstoffarme Fahrzeuge gefordert

Rolf Fliß, stellvertretender Vorsitzender im Bauausschuss und Bezirksvertreter Walter Wandkte folgten der Einladung der Bürgerinitiative Hafenstraße zu einem Gespräch über die Verkehrsbelastung in Vogelheim, insbesondere an der Hafenstraße.

Die GRÜNEN schließen sich den Forderungen der Bürgerinitiative weitgehend an. Gemeinsam will man sich für eine Sperrung der Wohnstraßen für den LKW-Verkehr in den Nachtstunden und für eine Überwachung der Geschwindigkeitsbegrenzung auch zu nächtlicher Zeit einsetzen. Wie die BI halten Grüne dort eine Begrenzung auf 30 km/h für notwendig, mindestens aber eine Radarüberwachung der heute erlaubten 50 km/h in der Zeit vor 6.00 Uhr morgens

Nachts bei geringem Verkehrsaufkommen beobachtete die BI vermehrt zu schnell fahrende Fahrzeuge, die entsprechend mehr Lärm verursachen. Außerdem seien die konstruktiven Vorschläge der Initiative zur Verkehrsführung des LKW-Verkehrs durch das Stadthafengebiet baldmöglichst durch den Betreiber Stadtwerke AG detailliert zu prüfen. An einem neu zu beschrankenden Werksbahnübergang darf die Entlastung der Hafenstraße nicht scheitern.

Als paradox betrachten es die GRÜNEN, dass durch die zeitweise Sperrung der Gladbecker Str. ein Umleitungsverkehr entsteht, der in der Summe mehr Schadstoffe und Feinstaub produziert, aber gleichmäßiger im Stadtgebiet verteilt und nicht mehr konzentriert auf die B 224. Das schafft zwar Erleichterung an der Gladbecker Straße, ist aber keine Lösung des Problems, sondern eine Verschiebung des schwarzen Peters.

Rolf Fliß: „Wir setzen uns für innerstädtische Umweltzonen ein, die nur von schadstoffarmen Fahrzeugen befahren werden dürfen. Dazu bedarf es eines Konzeptes, dass der RVR gemeinsam mit den Ruhrgebietsstädten erarbeiten muss. Auch die Städte Oberhausen, Mülheim und Essen arbeiten an gemeinsamen Absprachen“

Walter Wandtke ergänzt: „In unserem Ballungsraum lassen sich Verkehrsprobleme nicht im Stadtteil lösen, sondern nur durch regionale Zusammenarbeit. Die Stadt darf mit diesen Aufgaben nicht allein gelassen werden, denn für solche Umweltzonen brauchen wir ein regionales Verkehrskonzept zur Entlastung der zu stark mit Schadstoffen belasteten Stadtteile in Altenessen und Vogelheim.“

Nach wie vor ablehnend stehen die GRÜNEN dem Plan gegenüber, die Straße Welkerhude, die parallel und südlich zur Vogelheimer Straße verläuft, als neue Umgehungsstraße auszubauen. Abgesehen davon, dass dafür auf absehbare Zeit aufgrund anderer Prioritäten kein städtisches Geld und keine Landesmittel zur Verfügung stehen, gehen GRÜNE davon aus, dass ein zusätzlicher Straßenausbau mehr Autoverkehr schafft statt ihn zu reduzieren.

Joachim Drell

Messeparkplatz sofort schließen – Landeplatz später!

Der **Flugzeugabsturz** auf der A52 zeigt die Gefahren auf. Nach dem fünften Flugzeugabsturz in nur zehn Jahren im näheren Umkreis des Messeparkplatzes Lilienthalstraße müsste allen Beteiligten langsam das Risiko bewusst werden. Bei einem Weiterflug von wenigen Sekunden hätte die am Freitag abgestürzte Maschine den Gasspeicher unterm Messeparkplatz getroffen.

„Man muss sich nur mal vor Augen führen, dass nur 1,5 m unter der Oberfläche im größten europäischen Erdgasröhrenspeicher, Erdgas bei einem Druck von 100 Bar liegt. Was da passieren kann wenn tausende von Autos dar-

über abgestellt sind will ich mir gar nicht vorstellen!“ so Lars Kramm vom Grünen Kreisvorstand.

„Wir können hier auch nicht die CDU und SPD verstehen, warum sie sogar gegen alle Entscheidungen der Gerichte an diesem Parkplatz im Landschaftsschutzgebiet festhalten. Spätestens jetzt sollte ein Umdenken stattfinden und begonnen werden Alternativstandorte zu erschließen.“

Da die Schließung des Landeplatzes Essen-Mülheim leider rechtlich erst langfristig möglich ist, sollte man beim Messeparkplatz mit gutem Beispiel voran gehen – Rückbau ist angesagt, so das Fazit der GRÜNEN.

Lars Kramm

Neues aus Berlin - Brief von Kai



Liebe Freundinnen und Freunde,
an dieser Stelle möchte ich Euch ab sofort regelmäßig mit einem kleinen „Bericht aus Berlin“ über meine Schwerpunkte und Projekte innerhalb der Fraktion, aber auch über die allgemeine politische Lage auf dem Laufenden halten.

Als jugend- hochschulpolitischer Sprecher haben mich aktuell vor allem die Verhandlungsergebnisse zum Hochschulpakt sowie die wieder aufgeflamnte Debatte über ein Killerspieleverbote beschäftigt.

Hochschulpakt 2020 besiegelt - Pseudovereinbarung befürchtet

Die am 20.11. vorgelegte Einigung zum Hochschulpakt hält nicht, was ihr Titel verspricht. Es bleibt fraglich, ob bis 2010 die dringend notwendigen zusätzlichen 90.000 Studienplätze aufgebaut werden. Der Hochschulpakt zwischen Bund und Ländern droht zur Pseudovereinbarung zu werden.

Bildungsministerin Schavan und die Wissenschaftsminister der Länder haben mühsam versucht ihr Gesicht zu wahren. Dabei ist es ihnen nicht gelungen, sich verbindlich auf einen ausreichenden Ausbau von Studienplätzen zu verständigen. Weder finanziell noch verfahrensmäßig ist garantiert, dass die Länder ihr Studienplatzangebot erhalten und deutlich steigern.

Die erste Bewährungsprobe nach der Föderalismusreform wurde somit vermurkst. Die Länder konnten sich nur auf den allerkleinsten gemeinsamen Nenner einigen. Der Pakt war, ist und bleibt damit unterfinanziert. An dieser Stelle muss es dringend zu Nachbesserungen kommen. Dabei benötigen wir in den kommenden Jahren einen starken Aufbau von Studienplätzen da die Zahl der Studienberechtigten um 25% ansteigen wird – dank geburtenstarker Jahrgänge, der Verkürzung der Schulzeit von 13 auf 12 Jahre und verbesserte Übergangsquoten von Schule zur Hochschule. Daher braucht der Hochschulpakt dringend Nachverhandlungen.

Der Amoklauf von Emsdetten und die Killerspiele – Scheindebatte beenden

Schreckliche Gewaltausbrüche wie der von Emsdetten lassen sich nicht eindimensional erklären. Wir brauchen bei jedem Einzelfall eine intensive Ursachenanalyse. Deshalb kann die Konzentration auf nur eine scheinbare oder mögliche Ursache nur falsch sein.

Die reflexartige Diskussion um ein Verbot von so genannten Killerspielen greift daher zu kurz. Wir brauchen hierbei dringend eine Versachlichung der Debatte. Gewalt verherrlichende Computerspiele können schon jetzt verboten werden und werden es auch. Spiele, die Krieg und Gewalt verherrlichen sowie die Menschenwürde verletzende Spiele, dürfen nicht beworben und an Jugendliche verkauft werden. Wir haben in Deutschland einen im internationalen Vergleich besonders rigiden Jugendmedienschutz. Wer fordert, Killerspiele zu verbieten, ignoriert die bestehende Gesetzeslage. Die bisherige Alterseinstufung durch die Unterhaltungssoftware Selbstkontrolle (USK) hat sich bewährt.

Statt ineffektive neue Verbote zu fordern, sollten wir Anstrengungen und Mittel in die Förderung von Erziehungs- und Medienkompetenz investieren. Schulen, Eltern, Schülerinnen und Schüler müssen hinsehen, bevor Isolation und Frustration überhand nehmen. Die Vielschichtigkeit dieser Probleme lässt sich nur durch ein übergreifendes bildungs-, jugend- und medienpolitisches Maßnahmenpaket lösen.

Ein Jahr Große Koalition – Na herzlichen Glückwunsch!

Die große Koalition hat große Erwartungen geschürt – umso größer ist jetzt die Enttäuschung in der Bevölkerung. Es herrscht der kleinste gemeinsame Nenner, die Zukunftsaufgaben werden nicht an-

gepackt. Die positiven wirtschaftlichen Rahmendaten und die positive Entwicklung der Steuereinnahmen werden als Ruhekissen genutzt, statt die notwendigen Entscheidungen endlich zu treffen. Die Jahres-Bilanz der Regierung Merkel bietet kaum Hoffnungen auf Besserung.

Eher im Gegenteil, z.B. in der **Gesundheitspolitik**. Sie sollte die zentrale Reform der Regierung werden. Herausgekommen ist ein einziges Debakel. Nutzlos, teuer, ungerecht und in vielen Teilen überhaupt nicht realisierbar – das ist das vernichtende Fazit.

Mit der **Föderalismusreform** haben Union und SPD dafür gesorgt, dass das Umweltrecht in Deutschland künftig durch eine neue Kleinstaaterei bedroht ist und insbesondere der Naturschutz der Gefahr des Öko-Dumpings ausgesetzt ist.

Der Ausbau einer ausreichenden und hochwertigen **Kinderbetreuung** ist überfällig, vorangebracht wird dies nicht. Ohne genügend Betreuungsplätze wird jedoch auch der Anreiz des Prestigeprojektes Elterngeld weitgehend wirkungslos bleiben. Den Ankündigungen von kostenlosen Kita-Plätzen fehlt bislang jede finanzielle Basis. Hinzu kommt, dass die Koalition sich mit der Föderalismusreform gerade erst die Rechtgrundlagen dafür verbaut hat.

Bei der **inneren Sicherheit** weitet die Koalition die Eingriffsrechte des Staates immer mehr aus und erhöht dadurch höchstens die gefühlte Sicherheit, ohne dass die Maßnahmen einen realen Nutzen hätten. Die Bürgerrechte erodieren dabei immer mehr.

Soviel erstmal von mir. Ich wünsche Euch allen, falls wir uns vorher nicht mehr sehen sollten, eine friedliches Weihnachtsfest und einen guten Start ins neue Jahr.

Bis bald und herzliche Grüße,
Euer <: Kai Gehring

Tipps und Termine

Vernetzung gegen Rechtsextremismus: Neuer Newsletter

Nach den Wahlen in Mecklenburg-Vorpommern und Berlin hat das Thema Rechtsextremismus Weise besonders stark an Aktualität gewonnen. Monika Lazar (Sprecherin für Strategien gegen Rechtsextremismus der Bundestagsfraktion) bietet allen Aktiven vor Ort an, in ihren Newsletter-Verteiler (einer pro Quartal) oder Anti-Rechts-Verteiler aufgenommen zu werden. Der Kampf gegen Rechtsextremismus hängt stark davon ab, wie viele Akteure auf den verschiedenen Ebenen vernetzt sind und sich entsprechend austauschen. Information über lokale Ereignisse können ihr jederzeit zugeschickt werden. Infos und Anmeldung unter:

monika.lazar@bundestag.de und www.monika-lazar.de

Mängel an Radwegen melden!

Einer von den Fahrradverbänden EFI und ADFC initiierten "Truppe" bei Grün und Gruga droht die Arbeit auszugehen! Daher benötigen Jörg Brinkmann, ADFC (Tel.: 422104) und ich, EFI (Tel.: 421202) schnellstmöglich Vorschläge, was bei Rad-/Gehwegen im Grünbereich (Straßen, Wege und Plätze) - also z.B. in Grünanlagen, Wald, alte Bahntrassen - konkret verbessert werden müsste.

Beispiel 1: im xy-Park sind die Bordsteine nicht auf Null abgesenkt oder

Beispiel 2: die Radwegweisung wurde auf dem Radweg Z zerstört/entwendet/unleserlich gemacht und muss erneuert werden oder

Beispiel 3: die Fahrradständer sind samt Verkehrsschild an der Ecke W zugewachsen und müssen freigeschnitten werden usw!!

Jörg und ich wären über möglichst genaue Verbesserungshinweise mit präzisen Ortsangaben sehr dankbar. Mails sind möglich unter: kreisverband@gruene-essen.de

Rolf Fliß

Die neue AKP ist erschienen: „Arbeitslosigkeit, Boom – was denn nun?!“

Passend zur "Unterschichten"-Diskussion legt die AKP wieder ein Schwerpunktheft vor, welches die wirtschaftliche und soziale Lage kritisch unter die Lupe nimmt. Weitere Themen sind: Grüner Zukunftskongress, Wahlen Niedersachsen und Berlin, Gemeindefinanzbericht 2006. Das Inhaltsverzeichnis findet ihr unter www.akp-redaktion.de Ein AKP-Exemplar kostet 9 Euro plus 1,20 Euro Versandkosten. Das AKP-Abo kostet 52,-Euro (6 Hefte). Bezug: AKP, Luisenstr. 40, 33602 Bielefeld, Ruf 0521/177517, Fax 0521/177568, akp@akp-redaktion.de

Termine der GRÜNEN Essen

WANN			WO	WAS
1.-10.12.		11.00 - 21.00	Uni	Kitap Fuari – Deutsch/Türkische Büchermesse mit zahlreichen AutorInnenlesungen jeweils ab 19.00 Uhr im Glaspavillon, Universitätsstr. 12
6.12.	Mi	20.00	Rüttenscheid	GRÜNER Stammtisch Rüttenscheid im Cafe Cult, Giradetzentrum
6.12.	Mi	20.00	Steele	Steeler Treff der GRÜNEN im Grend, Westfahlenstr. 298 mit MdB Kai Gehring (GRÜNE)
7.12.	Do	20.00	Borbeck	GRÜNER Treff in Borbeck im Wirtshaus, Germani-astr. 230
7.12	Do	20.00	Werden	Treffpunkt Grün in den Domstuben, Brückstr. mit MdB Kai Gehring, GRÜNE (Termin vorverlegt)
7.12.	Do	17.00	Landtag NRW	„Bleiberecht – wie geht`s weiter?“, Anmeldung über petra.berghaus@landtag.nrw.de (GRÜNE LTF)
13.12.	Mi	19.00	Frohnhausen	GRÜNER Stammtisch der GRÜNEN Essen-West im „jetzt&hier“ Lüneburger Str. 40- verschoben vom 6.12. auf den 13.12.
15.12.	Fr	19.30	Ruhrhalbinsel	GRÜNER Stammtisch Ruhrhalbinsel, Gaststätte Dyonissos, Heisinger Str. 393
19.12.	Di	18.30	Altenessen	15 Jahre Pro Asyl/Flüchtlingsrat Essen Empfang in der ev. Kirchengemeinde Altenessen, Hövelstr. 73
4.1.07	Do	20.00	Borbeck	GRÜNER Stammtisch Borbeck im Wirtshaus, Germani-astr. 230
5.1.07	Fr	19.30	Ruhrgebiet	UnternehmerInnenstammtisch von Unternehmens-grün, Gaststätte Dyonissos, Heisinger Str. 393 in Heisingen
8.1.07	Mo	20.00	Wasserturm	Stammtisch der GRÜNEN Stadtmitte/Huttrop Gast-stätte Michelshof, Steubenstr. 61

Impressum Newsletter

BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN/ Kreisverband Essen
Limbecker Str. 48-50/ 45127 Essen
Tel.:0201- 24764-33
e-mail: Kreisverband@gruene-essen.de
V.i.S.d.P. und Redaktion: F. Yaldizli/ J. Drell